

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorauerlaufs

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37

Polizeid-Remter
Nr. 854 Berlin NW. 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christiansstadt a. B.

Stro-Rente
bei der Reichsbank

Ercheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (frei liegend): In Sorau in den Ausgabenstellen für August 50000 M. ins Haus gebracht 52000 M., auf dem Lande in den Ausgabenstellen der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 53000 M., der weiter gelegenen 56000 M., ins Haus gebracht 500 M. mehr, durch die Post bezogen 50000 M. einl. Beleglaß. — Wochenarten, nur in der Geschäftsstelle (Wendebühne 2): 12500 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen, Arbeits- einstellung oder Ausbesserung hat der Besteller seinen Anpruch auf Vorkriegs- oder Nachkriegsrate des „Sorauer Beleglaßes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise (frei liegend): Die 9 gebaltene Kolonnhalle für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterbreite 800 Mark, für auswärtige Anzeigen 1600 Mark; im Restemittel die 4 gebaltene Kolonnhalle je Millimeterbreite 2000 Mark, für auswärts 4000 Mark. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gebühr für Abfertigung zu übernehmen. — Abtatt nach festem Tarif, nur alltägig bei Besprechung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Konturaten und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 191

Freitag, den 17. August 1923

113. Jahrgang

Reichslandbund und Regierung.

Der Reichskanzler empfing am Mittwoch in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsinnenministers das Präsidium des Reichslandbundes.

Der Reichskanzler begrüßte einleitend, daß der Reichslandbund, einem Beschluß seines Gesamtkonferenzen folgend, um diesen Empfang sofort nachgedacht hat, und bemerkt habe, daß er von sich aus die Wichtigkeit habe, sobald wie möglich mit der offiziellen Vertretung der Landwirtschaft und den großen landwirtschaftlichen Organisationen in Verbindung zu treten.

Die Vertreter des Reichslandbundes legten dar, daß der Landwirtschaft die Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben für die Volksernährung erhalten bleiben müßten. Die wichtigste Förderung des Augenblicks bezogen die Landwirte die Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit auf dem Lande und schließlich zahlreich Fälle, in denen die Felder geplündert, Vieh geraubt und die Landwirte an der Arbeit verhindert worden sind. Gleichzeitig wiesen sie auf die schweren Gefahren hin, die mit Streiks während der Ernte- und Bestellungszeit verbunden sind.

Der Reichsinnenminister würdigte in vollem Maße diese Schwierigkeiten, bezog sich gegen die Streiffraße auf die Erklärung in der Rede des Reichskanzlers, in der gegen die Verantwörter solcher Streiks scharfe Stellung genommen ist, und sagte Hilfe des Reichs gegen die Minderer zu, wobei nicht übersehen werden dürfte, daß die Polizeierziehungsorgane Einrichtungen der Länder sind.

Die Vertreter der Landwirtschaft machten dann weiter auf die zwingende Notwendigkeit aufmerksam, dem Landwirt, der seine Haupterzeugnisse nur einmal im Jahre umschlägt, die Möglichkeit der Erhaltung der Wertbeständigkeit des eingehenden Geldes zu verschaffen, um die landwirtschaftlichen Betriebe in voller Höhe zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung weiterzuführen.

Zu diesen und anderen die notwendige Mehrleistung nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in der gesamten deutschen Gütererzeugung betreffenden Punkten legte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die durchaus zustimmende Stellungnahme der Reichsregierung dar, wobei er besonders die Wichtigkeit hervorhob, die durch die neue Geldanlage sowohl den einzelnen Landwirten als den landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Organisationen gegeben sind.

Zusammenfassend betonte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung wie mit jedem anderen Berufsstand, so besonders auch mit der Landwirtschaft enge Zusammenarbeit pflegen wolle und stellte unter Zustimmung der Vertreter des Landbundes fest, daß auch die Landwirtschaft alles tun müsse und alles tun wolle, was in ihrer Kraft liegt, um durch die letzte härtere Zeit hindurchzukommen.

Das Ruhrgebiet zur Neubildung der Reichsregierung.

Esien, 15. August. Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird mitgeteilt: Die Neubildung der Reichsregierung auf der parlamentarischen Basis der großen Koalition wird auch im Ruhrgebiet als Verkörperung der Abwehrfront aufgefaßt. Der Gedanke der Kräftevereinigung hat sich hier in parteipolitischer Beziehung seit dem Bruch des Reichstages immer mehr durchgesetzt, und es kann in diesem Zusammenhang darauf verwiesen werden, daß die Organisationen der Vereinigten sozialdemokratischen Partei sich nicht nur in Dortmund im Interesse der Stärkung des erforderlichen Widerstandes für ein Kabinett der großen Koalition ausgesprochen haben. Die programmatische Erklärung der Reichsregierung über die außenpolitische Lage und die Fortführung des passiven Widerstandes haben in allen Kreisen der Bevölkerung einmütige Billigung gefunden. Dazu kommt, daß die Auffassung der englischen Regierung über das Ruhrgebiet sich nicht mit dem Reichsministerium an Ruhr und Ahrst. Hier ist zudem die Schaffung eines besonderen Ministeriums für die besetzten Gebiete mit Verzug begrüßt worden. Da neben dem Reichsernährungsminister Dr. Luther auch der Reichsminister für die besetzten Gebiete Fruchs und der Reichsminister des Innern Sollmann aus den besetzten Gebieten stammen, ist die Gewähr gegeben, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete im Reichskabinett die nötige Unterstützung findet.

Infolge der Sperre- und Gewaltmaßnahmen der Franzosen ist im Ruhrgebiet die Lebensmittellage nach wie vor äußerst bedrohlich. Die Bevölkerung erwartet deshalb von der neuen Regierung schnelle und wirksame Hilfe. Heute ist in Esien bekannt worden, daß die Reichsregierung einen größeren Devisenbetrag zur Sicherung der Vorkriegsversorgung im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt hat. Es ist Vorfrage getroffen worden, daß große Mengen in den gefährdeten Bezirken wenn irgend möglich noch heute zum Verkauf gelangen.

Das Ausland über den Regierungswechsel.

In Paris hatte der Regierungswechsel in Deutschland im ersten Augenblick des Bewusstseins und dann ebenfalls auch im Sinne auf den Bezirk der Sozialdemokratie in das Kabinett zu übertrahenden Hoffnungen auf eine Wenderung der äußeren Politik Deutschlands geführt. Jetzt, nach dem Weggang der Rede Stresemanns, treten die Wähler langsam den Rückgang an, vielleicht nicht ohne auch unter dem Eindruck der von der

Reichslandbund und Regierung.

Reichsregierung angeforderten vollständigen Einstellung der Schließungen auf Reparationskonkession. Sie erklärten nämlich, daß die Forderung doch nicht so groß sein werde, wie man hier anfänglich angenommen hatte, und daß man zu Unrecht aus der Opposition Stresemanns zum Jahre 1921 gegen die Übergabe der Reichsbahnen in die Hand der Großindustrie, aus seinen Angriffen gegen Herrn Cuno und aus seiner „Verständigungs-politik“ auf eine gemäßigtere Haltung in der Ruhrfrage geschloß habe. „Zeit Parisien“ meint aber, Dr. Stresemann dürfe versichert sein, daß unter allen Umständen nicht Deutschland das letzte Wort haben werde, und daß Frankreich und Belgien auf der Einstellung des passiven Widerstandes beharren.

Die Londoner Blätter

veröffentlichte lange Auszüge aus der Reichstagsrede Stresemanns. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, die Rede Stresemanns habe den Eindruck hervorgerufen, daß er der Mann der Stunde sei. Seine Rede sei die klarste Regierungsäußerung gewesen, die seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Reichstag erfolgt ist. Der Berliner Berichterstatter der „Times“ sagt: Stresemanns Rede sei nach allgemeiner Uebersetzung ein ausgedehnter Erfolg gewesen. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Express“ erklärt allgemein herrsche der Eindruck vor, daß das neue Stresemann-Kabinett zu einer Regelung des Ruhrproblems gelangen werde.

Nähe Durchführung der neuen Steuern.

Im Reichsfinanzministerium fand Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding eine Besprechung der Finanzamtpräsidenten und der Präsidenten der Abteilungen für Finanz- und Verkehrssteuern über die Durchführung der neuen Steuererlasse statt. Der Minister wies in einer Ansprache auf den Ernst der Lage hin, die rasches, entschlossenes Handeln erfordert. In der Ansprache wurden die einzelnen Steuerbestimmungen nach ihrer steuerrechtlichen Seite hin eingehend erörtert und Richtlinien für ihre Durchführung festgelegt. Bei sämtlichen Vertretern der Finanzverwaltung kam der Gedanke zum Ausdruck, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelingen müsse, die demnachst fällig werdenden Steuerbeiträge noch in diesem Monat in die Finanzkassen zu leiten.

Die Vereinigte Sozialdemokratie hat im Reichstag einen Gesetzentwurf über finanzpoli-

tische Vollmachten der Reichsregierung eingebracht, der die Regierung ermächtigt, für den Fall, daß nicht bis zum 15. September d. J. 200 Millionen Goldmark auf die wertbeständigen Schuldverschreibungen oder Staatsanweisungen geseht sind, zur Auffrischung des Geldbeitrages nähere Bestimmungen, insbesondere über die Einzahlung in ausländischen Zahlungsmitteln, zu erlassen. Zustimmungsbefugnisse sollen mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bestraft werden.

Ungeheure Eisenbahntarifserhöhungen.

Wie gestern noch in einem Teile der Auflage gemeldet, werden am 20. August die Personen- und Gepäcktarife der Reichsbahn um 900 Prozent, die Güter- und Tierlarife um rund 2000 Prozent gegenüber dem Stande der Tarife vom 1. August erhöht. Die wertbeständigen Tarife (Subsidiar) werden im Personenverkehr zum 1. September eingeführt; im Güterverkehr jedoch am 20. September. Die Schlußzahl für den Güterverkehr ist auf 1200 000 festgelegt worden.

Die Schlußzahl für den Personenverkehr steht noch nicht fest.

Am 19. August zum alten Preise gefaakte Fahrkarten gelten bis zum 23. August. Ebenso sind am 19. August die Wochenkarten noch zum alten Preise zu erhalten.

Die neuen Postgebühren.

Der Postgebührenausschuß des Reichstages stimmte der Erhöhung der Post- und Fernsprechtarife zu. Da das Defizit der Reichspostverwaltung sich auf rund 80 Millionen beläuft, mußte eine erhebliche Erhöhung der Gebühren eingebracht werden.

Diese sollen, soweit wie möglich, bereits am 20. d. M. in Kraft treten. Die Posttarife werden im Ortsverkehr auf 4000 M. und im Fernverkehr auf 8000 M. erhöht. Der Briefverkehr wird im Ortsverkehr auf 2000 M. und im Fernverkehr auf 4000 M. erhöht. Durchschnitlich tritt bei allen anderen Gebühren eine Verzwanzigung von 20 bis 30 Mill. und von 30 bis 50 Mill. ein, eingeholt gegen ein Porto von 50000 bzw. 60000 M. Die Fernsprechtarife werden auf 1 Mill. Prozent erhöht. Ein Ortsgespräch wird etwa 10000 M. kosten. Die Postgebühren werden in den niedrigen Tarifstufen um etwa das 10fache erhöht, in den mittleren um das 4- bis 5fache, Eingabungen von über 1 Million Mark, die bisher in einer einzigen Gebühr zusammengefaßt waren, werden geteilt. Ueber die Berechtigung der Einführung der Wertbeständigkeits nicht hervorgehoben. Der Reichspostminister wird ermächtigt, alle halben Monate die Gebührensätze nach der jeweiligen Zahlungszahl festzusetzen, in gleicher Weise die Fernsprechtarife, für welche außerdem das bestehende Gebührenschema nicht geändert wird, daß die bisherige Grundgebühr in Fortfall kommt und die Berechnung auf die Orts- bzw. Fernsprechtarife abgestellt wird.

Die Politik Coolidges.

London, 15. August. Neuter meldet aus Washington, es könne mitgeteilt werden, daß die Regierung Coolidge zu den politischen Grundfragen (siehe, die in einer Rede des Staatssekretärs Hughes in Newhaver im September 1922 niedergelegt worden seien. In der Frage der deutschen Reparationen sei die amerikanische Regierung, wie erklärt wurde, bereit, in jeder Weise zu helfen, ohne sich selbst zu sehr zu engagieren. Die amerikanische Regierung (siehe keine Weg offen, um in der augenblicklichen Krise die beste Hilfe zu leisten und zögere daher, irgend einen neuen Vorschlag vorzubringen. Wie es in der Neuter-meldung weiter heißt, hätte der amerikanische Regierungsvertreter, der diesen Standpunkt Coolidges darlegte, keinerlei besondere Bezugnahme auf den britischen Vorschlag zur Zahlung der Reparationsrückstellungen gemacht. Es sei jedoch klar gemacht worden, daß, soweit Lord Curzon's Plan mit dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes übereinstimme, die ameri-

nische Regierung bereit sei, eine Rolle in der Neuorganisation der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu spielen.

Paris, 15. August. „Newport Herald“ meldet aus Washington, obwohl die Lage selbst zu einer unmittelbaren Stellungnahme der amerikanischen Politik in der Reparationsfrage keinen Anlaß biete, werde von bestunterrichteter offizieller Seite angegeben, daß die Vereinigten Staaten durch Einladungen sowohl aus London wie auch aus Paris möglichst hinreichend gezogen werden. Präsident Coolidge, der mit den grundlegenden Fragen der englisch-französischen Schwierigkeiten vertraut ist, habe bereits den Wunsch zum Ausdruck gebracht, sich aus Genauigkeit zu informieren. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß er im Laufe dieser Woche Beobachter nach London und Paris senden werde.

Streiks und Unruhen.

In Berlin ist im allgemeinen, sowohl in der Privatindustrie wie auch in den öffentlichen Werken die Arbeit wieder aufgenommen worden.

In Solin geht der verbroderliche Landarbeiterstreik weiter.

Im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier haben die Verhandlungen über Beilegung des Streiks zu einer Einigung geführt. Die Arbeit wird in vollem Umfange wieder aufgenommen. Auch für den Lausitzer und den Merseburger Bezirk ist mit einer baldigen Einigung zu rechnen.

In der Provinz Sachsen ist es an mehreren Stellen zu Gewalttaten der Kommunisten gekommen. Ganze Felder wurden in Brand gesetzt. Arbeiter wurden von den Kommunisten von den Feldern getagt. Kommunistische Minderheiten lüchten im Regierungsbezirk Merseburg den Landkreis Eisenberg heim. Seit Mittwoch hat sich die Lage gebessert. Die kommunistische Generalstreikpropaganda darf als fehlgeschlagen angesehen werden. Gegen die Streikführer und die Streikleiter ist durch zahlreiche Verhaftungen vorgegangen worden. In Calbe a. S., wo es zu blutigen Zusammenstößen kam, herrscht wieder Ruhe.

In Hamburger Hafen herrschte Mittwoch vollständige Arbeitsruhe. Auf den Werften wird durchweg nicht gearbeitet.

In Harburg haben die wilden Streiks am Mittwoch noch an Umfang zugenommen. Die Kommunisten bieten alles auf, um einen allgemeinen Generalstreik herbeizuführen. Die Gewerkschaften haben zurufe erlassen, die sich gegen die wilde Streikbewegung wenden.

In Serne ist es zu schweren Minderungen und Mißhandlungen der Arbeiter gekommen. Zu schweren Ausbreitungen kommunistischer Elemente kam es nach einer Meldung aus Münster auch in Paderborn. Etwa fünf bis sechshundert Mann führten das Amtshaus und mißhandelten den Beigeordneten Wille, dem ein Marschbefehl auf den Kopf gestürzt wurde. Die herbeigeholten Polizeibeamten, die auf Zusicherung freien Geleits die Maffen abgegeben hatten, wurden so schwer mißhandelt, daß acht Beamte ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Die Besatzung hatte ein Eingreifen gegen die Aufständigen abgesehen.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Feldjägern und Landarbeitern in der Gemarkung Strae (Gen. Bündelheim) wurden durch Schüsse ein Landjäger und ein Arbeiter getötet. Bei Grevenbroich und Bergheim greifen planmäßige Wandalenhandlungen auf den Feldern um sich.

Ueber Nachen ist der Belagerungsstand verhängt worden.

In diesen Tagen

loffieren unsere Austräger und die Ausgabenstellen die Nachzahlung von 200 000 Mark ein. — Wir bitten, pünktlich zu zahlen, damit der Verlag seinen in der letzten Woche gewaltig gestiegenen Verpflichtungen — insbesondere bezüglich der Löhne — nachkommen und das „S. T.“ ohne Unterbrechung weiter liefern kann.

Zur Verlag.